

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 47. Sitzung

Sozialausschuss

16. WP - 25. Sitzung

Bildungsausschuss

16. WP - 24. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Oktober 2006, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)	Vorsitzende
Heike Franzen (CDU)	
Torsten Geerds (CDU)	
Wolfgang Baasch (SPD)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. von Dr. Heiner Garg
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Angelika Birk

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

i. V. von Wilfried Wengler

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

i. V. von Hans Müller

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Angelika Birk

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Seite

Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008

5

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

- **Einzelpläne 07 und 03 (Kultur)**

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

(überwiesen am 13. September 2006 an den **Finanzausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

Einzelplan 07

hierzu: Umdrucke 16/1177, 16/1234, 16/1251 und 16/1257

M Erdsiek-Rave führt in Einzelplan 07 ein. Einzelplan 07 für sich genommen umfasse über 15 % der Nettoausgaben des Landes, unter Einbeziehung der Mittel in Einzelplan 11 für Kindertagesstätten, Schulbau, Frauenhäuser, Beamtenversorgung sogar über 22 % (s. Statistische Vorlage, Umdruck 16/1177). Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen würden 2007 155 und 2008 70 neue Lehrerstellen bereitgestellt und nach demografischen Faktoren, politischen Vorhaben und dem Auslaufen der Vorgriffsstunde im Real- und Sonderschulbereich verteilt. Die Mittel für Betreuungsangebote würden gegenüber 2006/2007 entsprechend dem Koalitionsvertrag um 1,1 Millionen und 2008 um weitere 200.000 € auf dann insgesamt 5.518.600 € erhöht.

Ein Schwerpunkt sei die kontinuierliche Weiterentwicklung der Qualitätssicherung an den schleswig-holsteinischen Schulen (Durchführung von Vergleichsarbeiten, Einführung der zentralen Prüfungen in allen Schularten). Dafür würden 2007 und 2008 jeweils weitere 50.000 € neu in den Haushalt eingestellt; bis zum Jahr 2010 solle dieser Betrag jährlich um weitere 50.000 € bis zu 250.000 € aufwachsen. Die Mittel für die vorschulische Sprachförderung würden auf 6 Millionen € jährlich verdoppelt. Damit könne die sprachliche Intensivförderung bereits im Kindergarten ab dem dritten Lebensjahr einsetzen.

Im Folgenden wendet sich die Ministerin besonderen investiven Maßnahmen zu. Für an die Landeshauptstadt Kiel vorgesehene Zuwendungen zum ÖPP-Projekt „Berufliche Schulen in Kiel“ (RBZ) werde im Doppelhaushalt ein Lehrtitel eingerichtet, der über die Nachschiebelis-

te durch Umsetzung aus dem Schleswig-Holstein-Fonds 2008 mit 1,5 Millionen € dotiert werden solle. Für 2009 seien in der mittelfristigen Finanzplanung ebenfalls 1,5 Millionen € und 2010 15 Millionen € vorgesehen. Über eine Verpflichtungsermächtigung solle die Grundlage für eine verbindliche Zusage an die Stadt Kiel bereits im Haushaltsjahr 2007 geschaffen werden.

Ebenfalls über den Schleswig-Holstein-Fonds würden für neue kommunale Projekte in den Jahren 2007 bis 2009 7 Millionen € für den kommunalen Schulbau bereitgestellt, im Jahr 2007 5,5 Millionen €, 2008 0,5 Millionen € und 2009 1 Million €.

Als Nachfolgeprogramm des Landes für das 2007 auslaufende IZBB-Programm des Bundes seien im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds für den Aufbau und die Weiterentwicklung von Ganztagschulen 2008 und 2009 jeweils 5 Millionen € vorgesehen, die ebenfalls mit der Nachschiebeliste umgesetzt werden sollten, um wenigstens ein paar Vorhaben, wenn auch zu anderen Förderkonditionen als bisher, bewilligen und umsetzen zu können. Für die Beteiligung des Landes an den Kosten der Integrierten Gesamtschule in Ratekau seien 2007 2,2 Millionen und 2008 2,3 Millionen € veranschlagt. Das Land habe sich vertraglich verpflichtet, bis maximal 5 Millionen € zu diesem Bauvorhaben beizusteuern.

Die Zuschüsse für die deutschen Privatschulen stiegen gegenüber 2006 im Jahr 2007 um 286.000 € und gingen 2008 um 98.000 € zurück. Die Berechnungen enthielten eine jährliche Schülerzuwachsprognose von 1 %. Besoldungserhöhungen seien nicht eingerechnet worden, für das Jahr 2008 sei jedoch die Weihnachtsgeldkürzung im Jahr 2007 in Abzug gebracht worden. Die Zuschüsse für die dänischen Privatschulen erhöhten sich gegenüber 2006. Auch hier habe man eine jährliche Schülerzuwachsprognose von 1 % zugrunde gelegt und Besoldungserhöhungen nicht eingerechnet. Für 2008 erfolge die Veranschlagung entsprechend dem Abschlusskommuniqué der Arbeitsgruppe „Dänische Schulen/Förderung der dänischen Minderheit“ des Bildungsministeriums und des Dänischen Schulvereins.

Die Beteiligung der Kommunen an den Schullasten des Landes für die Privatschulfinanzierung der Schulen der dänischen Minderheit werde zum 1. August 2007 von 25 auf 75 % des Schulkostenbeitrages angehoben und im Jahr 2009 auf 100 %. Die entsprechenden Mehreinnahmen seien in Einzelplan 07 veranschlagt.

Auch im Frauenbereich habe man aus Gründen der Haushaltskonsolidierung bedauerlicherweise Kürzungen vornehmen müssen, um die erforderliche Einsparsumme zu realisieren.

Abg. Dr. Klug thematisiert die Finanzierung der deutschen Ersatzschulen in freier Trägerschaft und der dänischen Schulen (vgl. Schreiben der Waldorfschulen, Umdruck 16/1257) und bittet das Bildungsministerium, dem Finanz- und Bildungsausschuss die Auswirkungen der unterschiedlichen Bezuschussung darzulegen. Außerdem erkundigt er sich nach dem dem Ministerium vorliegenden Antragsvolumen zur Errichtung von Ganztagschulen, das über das auslaufende IZBB-Programm hinausgehe.

M Erdsiek-Rave sagt in beiden Fällen eine schriftliche Beantwortung zu. Auf Fragen von Abg. Heinold erwidert sie, die Beteiligung der Kommunen an den Schullasten des Landes für die Privatschulfinanzierung der Schulen der dänischen Minderheit werde schrittweise angehoben, um die Belastungen für die Kommunen im nördlichen Landesteil etwas abzufedern. Über den Schleswig-Holstein-Fonds würden für den kommunalen Schulbau und die Errichtung von Ganztagschulen in den nächsten Jahren insgesamt 17 Millionen € zur Verfügung gestellt. Mögliche Haushaltsrisiken oder -entlastungen sehe sie für den Einzelplan 07 nicht. Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug teilt sie mit, in Sachen Verteilung der Mittel des Landes für die Kindertageseinrichtungen habe es eine Verständigung mit den Kommunen gegeben, über die sie Finanz- und Bildungsausschuss informieren werde.

Abg. Heinold kritisiert die Steigerung der Ausgaben für Geschäftsbedarf, Haushaltsstelle 0701-511 01.

Auf weitere Fragen von Abg. Heinold zum Gender Mainstreaming (Haushaltsstelle 0707 - Maßnahmegruppe 01) erwidert die Ministerin, in Sachen Gender Mainstreaming sei sowohl in den Ministerien als auch an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz die erforderliche Kompetenz aufgebaut worden; das Konzept des Gender Mainstreaming werde weiter umgesetzt. Hinsichtlich des schulpolitischen Instruments „Geld statt Stellen“ müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die Schulen von der Möglichkeit nur sehr zögerlich Gebrauch machten.

Auf Fragen von Abg. Harms erwidert M Erdsiek-Rave, die der Haushaltskonsolidierung geschuldete Kürzung der Zuschüsse an die Frauenberatungseinrichtungen sei zu verantworten und betreffe in erster Linie Koordinierungs- und Vernetzungsaufgaben, die angesichts des in den letzten Jahren Erreichten keiner spezifischen Förderung mehr bedürften. Hinsichtlich der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ sei man zuversichtlich, dass die Förderung im bisherigen Umfang mithilfe von ESF-Mitteln fortgesetzt werden könne. Von Abg. Spoorendonk auf die Kürzung der Förderung des Vereins Mixed Pickles angesprochen, äußert sie ihre Hoffnung, dass sich eine Lösung finde, die Fortsetzung der Beratungsarbeit von Mixed Pickles in anderer Weise als bisher befriedigend zu lösen.

Zu Kapitel 0717 - IQSH - möchte Abg. Herold wissen, was aus den Räumlichkeiten der früheren Regionalseminare geworden sei. - M Erdsiek-Rave sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Eine Frage von Abg. Dr. Klug zum Stellenabzug aus dem Realschulkapitel begründet sie mit einem Rückgang der Schülerzahlen bei den Realschulen.

Auf eine Frage von Abg. Herold zu den Stellen des Förderfonds erklärt sie, es handle sich um einen Vorwegabzug von Stellen aus den Schulkapiteln, die in einen Pool fließen und zahlenmäßig aufwachsen. Der Haushaltsgesetzgeber werde über die Auswirkungen auf die Stellenzahlen in den einzelnen Schulkapiteln unterrichtet.

Einzelplan 03

St Maurus führt in den Kulturhaushalt ein. Der Kulturhaushalt 2007/2008 sei von Konsolidierungsbemühungen geprägt, man gehe allerdings nicht nach dem Rasenmäherprinzip vor; es gebe Verstärkungen, aber ebenso Einschnitte. Weiterhin seien auch kleinere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung vorgesehen. Der Kulturhaushalt weise damit erheblich unterproportional zu anderen Bereichen Kürzungen auf und bleibe im Großen und Ganzen stabil.

Insgesamt versuche man, die kulturelle Infrastruktur zu sichern, weiter kulturelles Leben zu ermöglichen und zu befördern. Das Land investiere in kulturelle Institutionen, um deren Substanz zu sichern und deren Eigenwirtschaftlichkeit verbessern zu helfen, und setze neue Schwerpunkte mit der Initiative Kinder- und Jugendkultur und dem Kulturtourismus. Außerdem intensiviere das Land das Instrument der Ziel- und Leistungsvereinbarungen, um für Verlässlichkeit und Perspektive trotz und gerade vor dem Hintergrund angestrenzter Haushaltsbedingungen zu sorgen.

Wesentliche Veränderungen im Kulturhaushalt seien in Kapitel 0306 - Kulturförderung - zu finden: Die großen Kulturbetriebe Schleswig-Holsteinische Landesmuseen und das Landeskulturzentrum Salzkau würden 2007 und 2008 geringer bezuschusst und leisteten so einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Die Einsparung bei Salzkau sei ein wesentliches und von allen Beteiligten gemeinsam getragenes Ergebnis aus der Gründung der Betriebs-GmbH. Ebenso sei eine Kürzung der Landeszuwendung an die Kulturstiftung des Landes von bisher 46.000 € auf 9.000 € vorgesehen. Die Kulturstiftung werde also stärker auf ihre Erträge aus dem Stiftungskapital angewiesen sein.

Um die kulturelle Infrastruktur im Land zu erhalten, sei die Arbeit der Kulturdachverbände unverzichtbar. Durch mehrfache Kürzungen in der Vergangenheit seien insbesondere beim Landesmusikrat, beim BBK und bei der LAG Soziokultur Härten entstanden, die die Durch-

führung kulturell wichtiger Projekte infrage stelle (Landesschau des BBK, Probenphase des Landesjugendorchesters auf Salzau). Im Haushaltsentwurf 2007/2008 seien daher bei diesen Kulturverbänden Anhebungen von insgesamt rund 40.000 € vorgesehen.

Der Ansatz für das Schleswig-Holstein Musik Festival sei nach einmaliger Kürzung im Jahr 2006 in Höhe von 238.000 € wieder auf den alten Stand angehoben worden. Im Gegenzug sei eine moderate Kürzung bei dem Zuschuss zur Durchführung der Jazz Baltica vorgesehen, der die steuerlichen Belastungen beim Engagement von nicht EU-zugehörigen ausländischen Künstlerinnen und Künstlern berücksichtige.

Die Landeszuschüsse für die kulturelle Filmförderung und für Filmprojekte seien ab 2007 für bis zu drei Jahre entbehrlich, da diese Förderung im Zusammenhang mit der Fusion der Medienanstalten dort konzentriert und im Sinne der kulturellen Filmförderung Schleswig-Holstein geregelt worden sei. Der Staatssekretär weist darauf hin, dass an dieser Stelle noch ein gewisses Haushaltsrisiko bestehe, solange die entsprechenden Gesellschafterverhandlungen zur Filmförderung mit Hamburg noch nicht abgeschlossen seien.

Im Projektbereich sollten die Ansätze für die Musik und die bildende Kunst wieder angehoben werden. Für die im Regierungsprogramm der Landesregierung genannten Schwerpunkte Initiative Kinder- und Jugendkultur und kulturtouristische Initiativen sei eine Erhöhung um zusammen 50.000 € jährlich veranschlagt, um diese Bereiche noch besser und glaubhafter entwickeln zu können. Dies korrespondiere auch mit der Erhöhung der investiven Ansätze für kulturtouristische Investitionen von bisher 1 Million auf jeweils 1,5 Million €, die für folgende Komplexe eingesetzt würden: Fertigstellung Fürstengarten Gottorf, Landeskulturzentrum Salzau, Neukonzeption Wikingermuseum Haithabu, Dannewerk-UNESCO-Status, Landesgartenschau, DigiCult, Schifffahrtsmuseum Flensburg, Wenzel Hablik Stiftung, Keramikzentrum Kellinghusen. Weiterhin werde im investiven Bereich der Ansatz „Erhalt der Bau- und Kunstdenkmäler“ in Kapitel 0310 - Landesamt für Denkmalpflege - von 766.900 € auf zunächst 1.066.900 € und dann auf 1.166.900 € angehoben. All diese Maßnahmen seien im Schleswig-Holstein-Fonds verankert.

Abschließend wendet sich St Maurus der Förderung der Academia Baltica zu, die im Jahr 2007 nur noch mit 60.000 € und im Jahr 2008 gar nicht mehr gefördert werde. Die Academia Baltica werde außerhalb des Bildungsstättenfördermodells, das eine liegenschaftsbezogene und eine Förderung nach Teilnehmertagen beinhalte, bezuschusst. Sie sei die jüngste der geförderten Einrichtungen, arbeite ohne eigene Landesliegenschaft und erhalte - würde man auch auf sie das Fördermodell anwenden - derzeit eine deutlich höhere Landesförderung als die übrigen Bildungsstätten. Die Academia Baltica sollte sich im Hinblick auf ihren Schwer-

punkt „Bildungsarbeit im osteuropäischen und im Ostseeraum“ noch mehr um Kooperationspartner bemühen. Es gebe Gespräche mit dem Grenzverein und mit Sankelmark. Das Europaministerium bemühe sich, in einem anderen Haushaltstitel eine Lösung zu finden. Man habe auf eine Kooperation zwischen Weiterbildungseinrichtungen und Trägervereinen gedungen, Grenzverein und Akademie Sankelmark würden enger kooperieren und der Grenzfriedensbund stehe in Verhandlungen mit der ADS.

Auf Nachfragen der Abgeordneten Astrup und Sauter zur Academia Baltica bestätigt St Maurus, eine Verlagerung der Förderung in Kapitel 0911 - Europaangelegenheiten - werde geprüft. - Abg. Dr. Klug weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Einwerbung von Drittmitteln für die Academia Baltica konkret an die Existenz der Bildungsstätte in Lübeck gebunden sei.

Abg. Spoorendonk möchte vom Wissenschaftsministerium wissen, mit welchen wissenschaftlichen Einrichtungen das Nordfriesische Institut verglichen werden könne.

Auf eine Frage von P Dr. Altmann zu den Zuschüssen an die Nordelbische Ev.-Luth. Kirche - Kapitel 0303 - kündigt St Maurus an, die Auswirkungen der Kürzungen bei den Sonderzahlungen für die Landesbeamten im Zuge der Nachschiebeliste vorzunehmen. Die Landesregierung habe nicht die Absicht - damit greift er eine Frage des Vorsitzenden auf -, den Vertrag mit der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche zu kündigen. In der nächsten Zeit werde man allerdings die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs mit der Kirchenleitung erörtern und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug zur Alphabetisierung - Haushaltsstelle 0304-686 13 - teilt St Maurus mit, nach Abschluss der ESF-Verhandlungen stünden für die gesamte Förderperiode von 2007 bis 2013 die Alphabetisierungsmittel in der notwendigen Größenordnung zur Verfügung; eine Korrektur der Ansätze werde im Wege der Nachschiebeliste erfolgen.

Zu Artikel 2 des Haushaltsstrukturgesetzes warnt Abg. Dr. Klug unter Bezug auf eine Stellungnahme des Landeskulturverbandes davor, die Zuweisungen für Theater, Orchester und Büchereiwesen über die Jahre 2007 und 2008 hinaus festzuschreiben, statt die erforderlichen Dynamisierungen vorzusehen.

St Maurus erwidert, bei der Theaterförderung stehe man mit den Trägern im Gespräch. Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 sei gewährleistet, dass die Optimierungsbemühungen auch

in dem Bereich fortgesetzt würden, ohne dass es im Angebot zu Einschränkungen kommen werde.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer